

Bericht des Superintendenten für die Kreissynode des Ev. Kirchenkreises Tecklenburg am 1. Juli 2019 in Ladbergen Superintendent André Ost

*„Was ist das für ein Vertrauen, das du da hast?“
(2. Könige 18,19)*

Liebe Schwestern und Brüder,
hohe Synode,

I. Vertrauen als Grundhaltung christlichen Glaubens

„Was für ein Vertrauen“ – Unter diesem Motto fand vor wenigen Tagen der Deutsche Evangelische Kirchentag in Dortmund statt. Unsere westfälische Landeskirche war Gastgeberin für das alle zwei Jahre stattfindende Protestantentreffen, das regelmäßig viele Tausende Menschen zusammenführt. Der Kirchentag erfreut sich immer noch großer Beliebtheit, weil viele (gerade auch junge) Menschen ihre Freude daran haben, themen- und formenvielfältig in großer Gemeinschaft Kirche zu erleben.

Als eine Art Zeitansage hat man die Kirchentage oftmals empfunden. In diesem Jahr durchzog den Kirchentag die Frage nach dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir leben in unruhigen Zeiten, in denen viel von dem auf dem Prüfstand steht, was uns in den vergangenen Jahrzehnten als unhinterfragbare Gewissheit galt: Die Stabilität unserer Demokratie, ein sich aus christlichen Wurzeln speisendes Wertesystem, eine auf Sicherheit und Frieden gegründete internationale solidarische Interessengemeinschaft.

Das Vertrauen in die bestehenden Institutionen bröckelt. Viele Menschen wenden sich enttäuscht von ihnen ab und entwickeln eine starke Verdrossenheit. Sie trauen ihnen keine Gestaltungskraft mehr zu. Der Ruf nach vermeintlichen Alternativen wird lauter. Noch ist nicht sicher, wohin der Protest sich wendet und welche Konsequenzen das im Ergebnis für das Gesamtgefüge unserer Gesellschaft haben wird.

Es ist aber wahrnehmbar, dass die tragenden Institutionen an Anziehungskraft verlieren. Das gilt (spätestens seit den Europawahlen) für die großen Volksparteien wie für die beiden großen Kirchen in unserem Lande.

Vertrauen schwindet. Umso mehr sehen wir uns als Menschen unserer Kirche herausgefordert, Auskunft darüber zu geben, was uns trotz aller wahrnehmbaren Krisensymptome das Vertrauen erhält.

Die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der wir uns bislang ein deutliches Bekenntnis unseres Glaubens sparen konnten, weil christliche Verwurzelung zu den allgemein anerkannten Grundkonstanten in unserer Gesellschaft zählte, kommt ans Ende. Wir werden immer stärker herausgefordert, über unseren Glauben und unsere christliche Grundeinstellung Auskunft zu geben, je weniger diese zu den selbstverständlichen Voraussetzungen zählen bzw. je stärker sie hinterfragt, ignoriert oder sogar offen bekämpft werden.

„Was ist das für ein Vertrauen, das du da hast?“, lässt der assyrische König Sanherib über einen Abgesandten den König Hiskia von Juda fragen.

Wie kann es sein, dass du noch das Vertrauen in eine höhere Wirksamkeit hast, wo ich dir mit all meiner erdrückenden Übermacht das Wasser abgraben kann? Wie kann es sein, dass du gegen die ernüchternde Tatsachenwelt noch eine andere Wirklichkeit am Werke siehst?

Christinnen und Christen sehen immer über die Tageaktualität hinaus und vertrauen nicht allein dem Augenschein. Durch Gottes Hilfe und in seinem Geist sehen sie tiefer und weiter

und sehen das Leben über die vorfindlichen Grenzen von Zeit und Ewigkeit hinaus verlängert. Das ist ihre Stärke.

Es wird Zeit, dass wir wieder mutiger und offensiver werden, über das, was uns Mut und Vertrauen gibt, Auskunft zu geben. Denn wir müssen damit rechnen, dass wir immer weniger verstanden werden, weil es an Wissensvoraussetzungen fehlt und an einübender Gewohnheit. Ob das dann zu einer Trendumkehr in der Mitgliedschaftsentwicklung beiträgt, wissen wir nicht. Aber eine kleiner werdende Kirche muss nicht zwangsläufig ausdrucksärmer werden. Es kommt darauf an, wie sie ihre Stimme und ihre Kräfte einsetzt und ob sie ein Vertrauen in die Wirkungskraft dessen hat, den sie bekennt.

II. Vertrauen in den Bestand von Kirche

Vor wenigen Wochen erreichte uns das Ergebnis eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg zur langfristigen *Projektion der Kirchenmitglieder und des Kirchensteuer-aufkommens bis zum Jahr 2060*. Niemand kann vorhersagen, welche weltpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen bis dahin unser Leben geprägt und verändert haben werden. Insofern ist selbstverständlich jede Prognose mit Vorsicht zu genießen. Dennoch öffnete die Studie die Augen für einen Trend, der für uns absehbar ist, wenn sich die Dinge so weiterentwickeln, wie wir sie heute schon wahrnehmen. Im Jahr 2060 werden wir in der Ev. Kirche von Westfalen vermutlich nur noch weniger als die Hälfte der Mitglieder und auch nur halb so viel Finanzkraft haben wie heute: Statt 2,2 Mio. nur noch knapp unter 1 Mio. Mitglieder. Für den Kirchenkreis Tecklenburg stellt die Prognose fest: Statt 74.000 nur noch knapp 40.000 Mitglieder.

Die Freiburger Studie hat uns deutlich gemacht, dass der zu erwartende Mitgliederschwund nur zu einem Teil durch die demographische Entwicklung bedingt ist. Mindestens zu einem Drittel ist das Mitgliedschaftsverhalten entscheidend. Dass die Gruppe der 25- bis 35-Jährigen eine hohe Austrittsneigung hat, muss uns beunruhigen. Das ist offenbar die Altersgruppe, die wir mit unserer kirchlichen Angebotsstruktur am wenigsten erreichen. Derzeit ist die sog. Babyboomer-Generation die Altersgruppe mit der größten Kirchensteuerrelevanz. Das ändert sich aber bald, wenn diese Generation ab Mitte der 20er Jahre in den Ruhestand eintreten wird. Die nachfolgende Generation hat schon deutlich weniger Kirchenbindung. Das wird sich zweifellos in der Kirchensteuersituation auswirken.

Der für die nächsten Jahre prognostizierte Einbruch bei den Kirchensteuern wird also schon bald Wirklichkeit werden. Uns für diese Zusammenhänge von Altersstruktur und Mitgliedschaftsverhalten die Augen geöffnet zu haben, ist der unbestrittene Wert dieser Studie.

Wir haben in den letzten Jahren ja schon fast die Überzeugung gewonnen, dass es in unserer Kirche gar keinen Zusammenhang zwischen Mitgliederzahl und Wirtschaftskraft gibt. Der Mitgliederrückgang wurde in den letzten Jahren mehr als überkompensiert durch wachsende Kirchensteuereinnahmen. Dass dies einerseits einer guten Konjunktur, andererseits aber eben auch der Altersstruktur der Kirchensteuerzahlenden zu verdanken ist, sollte beachtet werden. In den letzten Jahren konnten wir uns über einen Kirchensteuersegen freuen, den wir so gar nicht mehr erwartet hatten. Er verschaffte uns eine Atempause in den notwendigen Umbruch- und Umbauprozessen unserer Kirche. Nun gibt es bereits erste Vorboten einer Konjunkturabschwächung. Wir sollten sie ernst nehmen.

Wir steuern also unaufhaltsam einer Verkleinerung unserer Kirche und einer Verknappung ihrer Ressourcen entgegen. Was tun wir mit solchen Prognosen?

Führen sie uns in Untergangspanthasien? Lassen sie uns in Depression verfallen? Oder führen sie dazu, dass wir unser Kirchesein hinterfragen und wir aus der Besinnung mit neuen Kräften und Ideen hervorgehen?

Es wird spannend sein, wie wir mit der Herausforderung der Verknappung in den kommenden Jahren umgehen werden. In unserem Kirchenkreis Tecklenburg wie auf allen anderen Ebenen unserer Kirche.

Wird in den nächsten Jahren das große Hauen und Stechen beginnen, weil niemand einsehen möchte, dass ausgerechnet bei seinem/ihrer Herzensthema ein Veränderungsdruck entsteht? Werden wir uns nur noch unleidlich und mit strapaziertem Nervenkostüm begegnen, weil wir den Spagat, einerseits Ansprüche erfüllen zu sollen und andererseits die notwendigen Umbauprozesse zu vollziehen, nicht aushalten können?

Oder entwickelt sich vielleicht doch eine neue Gestaltungslust an Kirche, wenn wir zwar nicht mehr aus dem Vollen schöpfen können, es aber umso mehr darauf ankommen wird, dass nur (über-)leben kann, was aus sich selbst heraus wirkt und mit Herzblut von Haupt- und Ehrenamtlichen getragen wird?

Der Präsident des Dortmunder Kirchentages, der frühere Journalist der *Süddeutschen Zeitung* und des *Spiegel*, *Hans Leyendecker*, zeigte sich auf unserer gemeinsamen Pfarrkonferenz im Gestaltungsraum im Mai überzeugt davon, dass auch eine Kirche in der Minderheit in Zukunft noch wirkungsvoll sein wird.

Auch mit weniger Mitgliedern und geringerem gesamtgesellschaftlichem Stellenwert als heute habe sie der Gesellschaft noch viel zu sagen und zu geben. Seine Botschaft an die Pfarrerinnen und Pfarrer war: „*Entjammern Sie die Kirche!*“ Denn ihre Botschaft ist nicht von Zahlen abhängig. Ihre Botschaft hat Strahlkraft. Darauf zu vertrauen ist wichtigste Grundlage für allen kirchlichen Dienst.

Bezüglich der notwendigen Entjammerung der Kirche müssen wir allerdings bei uns selbst anfangen. Es wird uns nicht gelingen, für unsere gute Botschaft zu werben, wenn wir selber nicht von ihr überzeugt wirken oder uns von ihrer scheinbar schwindenden gesellschaftlichen Akzeptanz entmutigen lassen.

Was uns helfen wird, etwas hoffnungsfroher in die Zukunft zu blicken, ist die Antwort auf die Frage: Was stärkt uns als Kirche? Womit sind wir nah bei den Menschen? Wodurch erreichen wir sie? Worin liegen die besonderen Stärken unserer Arbeit? Was können wir gut?

Aufgabenklärung wird deshalb dran sein in den kommenden Jahren. Eine notwendige Bestandsaufnahme und ein Konzentrationsprozess, der uns nicht mehr erlauben wird, alles einfach aufrechtzuerhalten, was uns heute noch selbstverständlich erscheint.

Der sog. „**Reproduktionskrise**“ unserer Kirche, die zur Überalterung und dem bekannten Nachwuchsmangel in der Mitgliedschaftsstruktur führt, werden wir allerdings nicht dadurch begegnen, indem wir uns als Kirche aus der Fläche zurückziehen und damit als ein das Gemeinwesen mitgestaltender und prägender Akteur ausfallen.

Insbesondere als Kirche im ländlichen Raum ist uns wohl bewusst, welche Stabilität wir durch unsere Präsenz im Netz der oftmals labil gewordenen lokalen Infrastruktur noch haben.

Den Kirchengemeinden unterstellt man oftmals ein Modernisierungsdefizit. Ihre gemeinschaftsbildende Kraft wird als milieuverengt kritisiert. So zutreffend es einerseits sein mag, dass wir heute längst nicht mehr eine Breitenwirkung in alle gesellschaftlichen Milieus erreichen, so sehr begegnet es uns doch immer noch als eine Tatsache, dass wir durch die

Arbeit unserer Kirchengemeinden die größte mitgliederstabilisierende Wirkung erzielen.

Der frühere Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, *Prof. Dr. Gerhard Wegner* bilanzierte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der letzten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung: „*Deutlich ist auf jeden Fall, dass sich ehrenamtliche Tätigkeit in den Kirchen und über die Kirche hinaus von den Kirchengemeinden her entwickelt. Schwächt man die Kirchengemeinden, so schwächt man damit, das zeigen viele Erfahrungen, ehrenamtliches Engagement und damit den Kern der protestantischen Kirche*“ (SI Kompakt 4/2018, S. 7).

Nach seiner Ansicht muss die evangelische Kirche in den nächsten Jahren verstärkt den Weg von der Anstalt zum Akteur vollziehen, um ihrer Reproduktionskrise entgegenzuwirken.

Dazu gehört, dass der Sozialraum als kirchliches Handlungsfeld (wieder-)entdeckt wird:

„*Mehr entsprechende Macht in soziale Handlungsräume hineinzubringen, bietet Chancen für Innovationen, die tatsächlich besser als bisher auf die Bedürfnisse der Menschen bezogen sind*“ (ebd., S. 13).

III. Vertrauenskrise in der Öffentlichkeit

Im örtlichen Nahbereich kann Kirche viel für ihre eigene Stabilität und Akzeptanz tun. Die Gemeindeberichte erzählen in diesem Jahr von hoffnungsvollen Aufbrüchen und stabilem Beteiligungsverhalten, auch wenn es speziell bei der Frauen- und Seniorenarbeit aufgrund der Altersstruktur punktuell erkennbar bröckelt.

In diesem Jahr erschreckt uns allerdings auch eine Austrittswelle, die wir in den letzten Jahren so nicht hatten. Sie erstreckt sich über alle Altersgruppen. Die Frage nach den Ursachen ist nicht leicht zu beantworten. Wir wissen, dass negative Schlagzeilen nicht selten das Mitgliedschaftsverhalten beeinflussen.

Was wissen wir eigentlich über unsere Kirchenmitglieder? Warum sie dabei sind, was sie zum Bleiben motiviert und was für sie den Anstoß zum Austritt gibt? Wir leben von ihren Kirchensteuern, aber wir sind nicht mit allen in Kontakt.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass die Debatte um die **Fälle von sexuellem Missbrauch** in beiden großen Kirchen zur Austrittsneigung beiträgt.

Bei diesem Thema haben wir zweifellos einen Nachholbedarf, auch in unserem Kirchenkreis. Die Diskussion sollte weniger von der Frage geprägt sein, wann hatten wir denn mal einen solchen Fall, der uns zum Handeln herausfordern müsste, als vielmehr von der Überlegung, was müssen wir tun, damit sich solche Fälle in unserem Verantwortungsbereich von Kirche gar nicht erst ereignen.

Vor einem Jahr haben wir begonnen, unsere Sensibilität für das Thema zu schärfen. Die Pfarrkonferenz war im Januar 2018 zu einer Studientagung auf Langeoog, um den Prozess für unseren Kirchenkreis anzustoßen. Daraufhin bildete sich eine Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz von *Pfarrerin Dr. Britta Jüngst*, die alle Kompetenzen aus Kirche und Diakonie, die wir für dieses Thema bereits haben, zusammenrief, um mit allen Beteiligten ein **Schutz- und Präventionskonzept** zu entwickeln.

Vor einem Jahr stellte uns ein Vortrag der Leiterin der Fachstelle für den Umgang mit Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, *Birgit Pfeifer*, auf unserer Sommersynode in Westerkappeln die Wichtigkeit des Themas vor Augen. Als Kirche müssen wir ein Schutzraum sein für sexuelle Selbstbestimmung. Wir müssen wachsam sein, dass wir in unseren verschiedenen kirchlichen Arbeitsbereichen keine blinden Flecken und keine Aufmerksamkeitsdefizite haben.

Die Sommersynode erteilte der AG vor einem Jahr den Auftrag, Bausteine für ein Schutzkonzept zu erarbeiten. Diese wurden in den vergangenen Monaten zusammengetragen und werden der Synode nunmehr zur Anwendung im Kirchenkreis empfohlen.

Damit verbunden ist eine Selbstverpflichtung unseres Kirchenkreises, das Thema ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende in unserem Kirchenkreis entsprechend sensibilisiert und fortgebildet werden.

Der nächste Schritt, der in dieser Richtung zu gehen ist, umfasst deshalb den Bereich der **Präventionsarbeit**. Hier brauchen wir ein klares Schulungskonzept, das auf unsere Arbeitsbereiche im Kirchenkreis zugeschnitten ist und gleichzeitig das Präventionskonzept berücksichtigt, das auf landeskirchlicher Ebene gerade Gestalt gewinnt. Dieses arbeitet mit sog. **Multiplikatorenpersonen**, die in einer landeskirchlichen Vernetzungsstruktur für die Schulungen vor Ort ausgebildet werden.

Als Kirchenkreis wollen wir uns an diesem Konzept beteiligen. Das wird nicht ohne den Einsatz finanzieller Mittel gehen. Derzeit arbeiten wir an einer passenden Lösung. Es braucht für die Erarbeitung und Durchführung eines Präventionskonzeptes für unseren Kirchenkreis eine geeignete Person mit einem angemessenen Stundenanteil für diese Aufgabe.

Wir sollten an dieser Stelle nicht Aufwand und finanzielle Mittel scheuen, um uns das wichtige Gut der Vertrauenswürdigkeit zu erhalten.

Der Arbeitsgemeinschaft und besonders *Britta Jüngst* möchte ich herzlich für ihren Einsatz danken. Mit der vielfältigen Kompetenz, die bei uns im Kirchenkreis vorhanden ist, sind wir bereits gut aufgestellt, um das Thema in den kommenden Jahren weiter zu verankern.

IV. Vertrauen in unsere inneren Strukturen

Wir sind zu Recht stolz auf die *presbyterial-synodale Ordnung* in unserer Ev. Kirche von Westfalen. Unsere Kirche baut sich von unten auf. Die Gemeindeebene ist immer noch die Basis für unsere grundlegende Arbeit der Verkündigung – was nicht ausschließt und auch absolut nicht dagegen spricht, dass wir dieser Aufgabe mittlerweile auch auf verschiedenen anderen überparochialen Ebenen sehr wirkungsvoll gerecht werden.

Dagegen drängt sich manch einem der Eindruck auf, dass unsere Kirche konsistorialer wird. Die kreiskirchliche Mittelebene wird als Planungsfeld gewichtiger, und die Landeskirche steht als gesetzgebende und genehmigungserteilende Behörde zumindest gefühlt oftmals weit weg von den gemeindlichen Alltagsbezügen.

Dem Gefühl von zunehmender Schwächung der Gemeindebasis liegt allerdings auch die Erfahrung zugrunde, dass unser presbyteriales System entgegen seiner verfassungsmäßigen Bedeutung vor Ort schon gelegentlich an Grenzen stößt. Oder wie will man es beurteilen, wenn es nur noch schwer gelingt, Menschen für das Presbyteramt zu gewinnen, Kirchmeisterpositionen adäquat zu besetzen oder Delegierte für die Kreissynode zu entsenden, wenn es nur noch in ganz wenigen Kirchengemeinden mehr Kandidatinnen und Kandidaten als zu besetzende Presbyterstellen gibt, so dass überhaupt eine Wahl zustande kommt und Presbyterstellen oftmals vakant bleiben, weil sie nicht nachzubesetzen sind?

Der Druck steigt auf allen kirchlichen Ebenen. Das offenbart sich an Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit innerhalb eines Presbyteriums und an Überforderungssignalen angesichts von Aufgabenstellungen durch Gesetzesverordnungen, denen man vor Ort in der Gemeindeverwaltung kaum noch entsprechen kann.

Die Möglichkeiten, die komplexen Aufgaben durch das Ehrenamt oder durch den nur geringen Stundenanteil im Gemeindebüro zu erfüllen, kommen mancherorts deutlich an ihre Grenzen.

Diese Signale sind ernst zu nehmen. Sie sollten uns nicht dazu verleiten, unsere Verfassung in Frage zu stellen. Aber wir sollten uns fragen, wie wir uns gegenseitig besser entlasten können.

Der *Entwurf des neuen Verwaltungsorganisationsgesetzes*, das sich gerade im Stellungnahmeverfahren befindet, beschreibt den Bereich der Verwaltung als einen arbeitsteiligen Zusammenhang auf den drei verschiedenen Ebenen von Gemeindebüro, Kreiskirchenamt und Landeskirchenamt. Wenn es gut funktioniert, greifen diese Ebenen ineinander, arbeiten sich zu und entlasten sich gegenseitig. Das sollte für alle übrigen kirchlichen Arbeitsbereiche genauso gelten.

Als *Netzwerkorganisation* funktioniert unsere Kirche nur in diesem Zusammenspiel. Keine Ebene kann sich isoliert betrachten und für sich allein existieren. Mir scheint das manchmal aus dem Blick zu geraten, wenn man die jeweils anderen Ebenen – etwa im Bereich der Finanzaufsicht - nur als lästig empfindet.

Für den Bereich der Verwaltung haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass wir in Zukunft fachkompetent, effizient und kostenbegrenzend aufgestellt sind.

Zum 1.2.2020 sollen die drei bestehenden Kreiskirchenämter in Lengerich, Münster und Steinfurt zu einer *gemeinsamen Verwaltung* zusammengeführt werden. Der Ende 2016 gegründete Verband bildet dafür das gemeinsame Dach. Dann werden wir die Synergien fruchtbar machen können, die schon jetzt in der Anbahnung der gemeinsamen Verwaltung punktuell genutzt werden.

Nachdem das Führungsteam mit der Besetzung sämtlicher Fachbereichsleiterstellen nunmehr komplett ist, machen wir uns an den äußeren Bau der neuen Verwaltung am Coesfelder Kreuz in Münster. Der Baubeginn ist Anfang Juli. Der Generalunternehmer hat uns vertraglich eine Fertigstellung bis Ende Juli 2020 zugesichert.

Die *Mehrkosten* in Höhe von 700.000 € je Kirchenkreis für den Neubau haben uns nicht wenig Kopfzerbrechen bereitet. Die *Sondersynode* am 10. April 2019 hat dennoch das deutliche Signal unserer Kreissynode hervorgebracht, dass wir trotz der Mehrkosten an unserem gemeinsamen Verwaltungsprojekt festhalten wollen. Die inhaltlichen Gründe,

warum wir uns auf diesen Weg gemacht haben, werden durch die Kostensteigerung, die durch die allgemeine Baukonjunktur bedingt ist, nicht aufgehoben.

Dennoch hat die Diskussion gezeigt, dass wir mit den nicht beabsichtigten Mehrkosten einen neuralgischen Punkt berühren. Manches Presbyterium hat sich vor dem Hintergrund eigener spürbarer Abbauprozesse vor Ort mit der angekündigten Kostensteigerung schwer getan.

„*Was wird unsere Kirche bei sinkenden Gemeindegliederzahlen und Gemeindeaktivitäten in zehn Jahren eigentlich noch zu verwalten haben?*“, fragte sich etwa das Presbyterium Tecklenburg (s. Gemeindebericht).

Mit dem Weg zur gemeinsamen Verwaltung haben wir die Erwartung verbunden, dass wir in Zukunft Verwaltungskosten begrenzen können. Da wirken die Kostensteigerungen in der Aufbauphase erst einmal kontraproduktiv und irritierend. Angesichts der notwendigen Investitionen, die nicht nur durch den Bau an sich, sondern auch durch die Umbruchphase mit mancherlei Personalwechseln sowie durch die Herausforderungen mit NKF, Umsatzsteuer, IT-Konzept u.s.w. bedingt sind, werden wir aber ein bisschen Geduld brauchen, um die realen Einspareffekte auch in konkreten Zahlen ablesbar zu finden.

Derzeit trifft unsere Verwaltungsfusion mit vielfältigen inhaltlichen Veränderungsprozessen zusammen. Das ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Insbesondere das **NKF-Projekt** schlägt nun auch in unserem Kirchenkreis wahrnehmbar auf. Die Umstellung soll zum 1.1.2020 erfolgen, also exakt mit dem Datum der Verwaltungsfusion. Das heißt, dass in diesem Jahr die ersten Haushalte in kaufmännischer Buchführung zu erstellen sind. Da wird es auf allen Ebenen noch viel Erklärungsbedarf geben. Ich hoffe, dass wir dabei die Nerven behalten und letztlich von Erfahrungen profitieren können, die andere Kirchenkreise schon vor uns in der Umstellung gemacht haben.

Das Erlernen der neuen Sprache NKF wird uns auch haushaltstechnisch vor neue Herausforderungen stellen. In Zukunft sind wir zu regelmäßigen Rückstellungen für die Substanzerhaltung verpflichtet, wo wir früher vielleicht meinten, wir tun das in guten Zeiten und unterlassen es in schlechten. Perspektivisch wird uns diese **neue Haushaltssystematik** vor die Frage nach notwendigen Strukturanpassungen im Hinblick auf unseren Gebäudebestand stellen. Kaufmännisches Denken mag uns dabei anfangs als ein Kulturbruch in unserem kirchlichen Kontext erscheinen, aber es trägt den Aspekt des nachhaltigen Wirtschaftens ein. Der wird sich in unseren Haushalten und Bilanzen demnächst sichtbar abbilden und uns vielleicht auch schmerzhaft die Grenzen unserer Möglichkeiten aufzeigen.

Letztlich wird uns das aber helfen, für unsere Arbeit die passenden Strukturen im Rahmen unserer zukünftig noch vorhandenen Ressourcen zu entwickeln.

Für die Steuerung der neuen gemeinsamen Verwaltung haben wir einen **Verband** gegründet. Das ist eine neue Körperschaft, aber sie ist nicht losgelöst von unseren kreiskirchlichen Strukturen. Die Beteiligung der selbstständig bleibenden Kirchenkreise ist gewährleistet durch die Präsenz von drei in den **Verbandsvorstand** entsandten Personen (Superintendent, KSV-Mitglied, FPA-Mitglied). Gefühlt mag sich durch diese Struktur die Verwaltung von der kreiskirchlichen Entscheidungsebene entfernen. Aber sie verselbständigt sich nicht. Dafür tragen die Delegierten aus den jeweiligen Kirchenkreisen Sorge und Verantwortung.

Sie brauchen allerdings auch das Vertrauen ihrer Kirchenkreise.

Es ist das Wesen der repräsentativen Demokratie, dass diejenigen, die ein Mandat zur Verantwortungsübernahme erhalten, die Unterstützung derer haben, die sie in Gremien entsenden. Das bedeutet natürlich keineswegs, dass sie sich nicht der notwendigen Kontrolle unterziehen müssen. Aber es sollte grundsätzlich nicht als problematisch angesehen werden, dass sich manche Zuständigkeit auf andere Ebenen verlagern. Wir haben uns dieses System selbst gegeben. Es sollte ihm dementsprechend auch Vertrauen entgegengebracht werden.

Trotz der Zuständigkeit des Verbandes für alle Verwaltungsangelegenheiten auf kreiskirchlicher Ebene wird es wichtig sein, über das Verbandsgeschehen gut informiert zu bleiben. Berichte aus der Verwaltung werden deshalb auch weiterhin ein bedeutsamer Tagesordnungspunkt für unsere Kreissynode sein müssen.

Ob es auch für die **Gemeindeverwaltung** sinnvoll sein kann, übergemeindliche Kooperationen und Zusammenschlüsse anzustreben, sollten wir prüfen. Es gibt in unserem Kirchenkreis deutliche Signale, in diese Richtung zu denken. Die Pfarrkonferenz hat diese Anregung ebenfalls hervorgebracht, als wir im April über Kooperationen im nachbarschaftlichen Raum nachdachten und dafür Ideen entwickelten. Vielleicht bietet sich dafür eine Region als Modellprojekt an.

Entlastung im Verwaltungsbereich - zur Kompetenzerweiterung hier und Synergieerzielung dort - bietet sich jedenfalls an als Ausweg aus dem Dilemma, dass die Anforderungen einerseits immer komplexer werden, die Möglichkeiten der örtlichen Gemeindeverwaltung aber andererseits immer eingeschränkter erscheinen.

Nach dem Synodenbeschluss im Sommer 2018 zur **Bildung nachbarschaftlicher Kooperationsräume** zwecks Entlastung für den Pfarrdienst und als Rahmen für die künftige Pfarrstellenplanung sind erste Umsetzungsschritte vollzogen. Die Pfarrstelle in Lotte wurde zwar zu 100 % wiederbesetzt, allerdings hat sie in Zukunft einen 25 %-igen Dienstauftrag zur Förderung der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit im Pfarrdienst. Solche Konstruktionen wird es in Zukunft sicher öfter geben. Die Exklusivität in der Zuständigkeit für eine einzelne Gemeinde ist angesichts der Entwicklung der Gemeindegliederzahlen nicht zu halten.

Der Nachbarschaftsraum *Tecklenburg/Westerkappeln/Lotte/Wersen/Wersen-Büren* wird von dieser neuen Konstruktion gewiss profitieren. Der Blick weitet sich über die Grenzen der eigenen Gemeinde, Synergien können wachsen. Ein Anfang ist gemacht: Die Presbyterien der beteiligten Kirchengemeinden im Nordosten unseres Kirchenkreises werden sich noch vor den Sommerferien zu einem zwanglosen Kennenlernen treffen, damit die künftig verstärkte Zusammenarbeit guten Boden hat. Für die Offenheit des Pfarrkollegiums, diesen neuen Weg als Chance zu begreifen, bin ich sehr dankbar.

Auch die *Kirchengemeinde Ibbenbüren* denkt die zukünftigen Veränderungen in der pfarramtlichen Struktur jetzt schon voraus. Ein Strukturausschuss befasst sich mit den Folgen der absehbaren Pfarrstelleneinsparung ab 2025. Die Gemeindestruktur steht auf dem Prüfstand und wird neue Konturen erhalten. Auch die nördliche Nachbarschaft ist dabei im Blick. Sie ist eingeladen, diesen Prozess mit zu vollziehen.

Die nachbarschaftliche Kooperationsbereitschaft muss sicher noch wachsen. Sie kann sich mancherorts bereits auf gute Erfahrungen stützen. Andernorts werden ihr die zukünftigen Erfordernisse durch Personal- und Finanzverknappung auf die Sprünge helfen.

Sehr erfreulich hat sich im letzten Jahr unser **Kindergartenverbund** entwickelt. Die Verbundstruktur ist nun bereits 11 Jahre alt. Die Bedeutung der Arbeit unserer Kindertageseinrichtungen für die Kirchengemeinden, speziell für deren Gemeindeaufbau, haben wir uns erst im Juni im Rahmen einer Pfarrkonferenz vor Augen geführt. Auf der Geschäftsführungsebene hat sich mit der Personalveränderung auch ein Struktur- und Kulturwechsel ereignet. Die Leitungsebene ist mit der Verteilung von Geschäftsführungs- und Fachbereichsfunktion auf nunmehr zwei Personen breiter aufgestellt. *Herr Rutenbeck, Frau Zachey sowie Herr Löw* als Teil der Verwaltung sind ein gutes Team, das viel Vertrauen genießt. Der Leitungsausschuss sieht sich in seiner Kompetenz gestärkt.

Problematisch bleiben leider die gesetzlichen Rahmenbedingungen für unsere Kindergartenarbeit. Ob die KiBiz-Revision der Landesregierung den kirchlichen Trägern wirklich Entlastungen verschafft, ist zweifelhaft. So bleiben uns hier leider einige ungeklärte Fragen, insbesondere was die erforderlichen Mittel für die Substanzerhaltung unserer Kindergartengebäude anbetrifft.

V. Vertrauen in den Auftrag der Kirche

Wodurch gewinnt die Kirche Vertrauen? Wie entsteht es und wie erhält es sich? Wenn man den Mitgliederbefragungen Glauben schenkt, dann genießt Kirche immer dort die höchste Wertschätzung, wo sie wahrnehmbar „**Kirche für andere**“ ist. Mag uns die Verkündigung richtigerweise auch als der Kernauftrag von Kirche erscheinen, der die größte

Aufmerksamkeit beanspruchen sollte, die Öffentlichkeit sieht es offenbar anders. Das christliche Glaubensbekenntnis ist in ihren Augen nur dann etwas wert, wenn es sich in entsprechenden Taten manifestiert. Darum stehen unsere diakonischen Hilfsangebote besonders hoch im Kurs. Und deshalb erschien es auch kaum verwunderlich, dass wir uns auf dem Höhepunkt der **Flüchtlingszuwanderung** im Jahre 2015 zu besonderem Engagement herausgefordert sahen und ein Teil der seinerzeit noch sehr ausgeprägten gesellschaftlichen Willkommenkultur wurden. Inzwischen ist das gesellschaftliche Klima beim Thema Zuwanderung deutlich rauer geworden. Die Migrationsdebatte bestimmt den Ausgang von Wahlen und ist zum Hauptthemenfeld der populistischen Auseinandersetzung geworden – mit dem Ergebnis, dass sich heute weniger diejenigen rechtfertigen müssen, die das Recht auf Asyl offen in Frage stellen als diejenigen, die sich nach wie vor für Humanität und Bleiberecht einsetzen.

Die **Hauptvorlage der EKvW „Kirche und Migration“**, die auf der letzten Landessynode im November 2018 vorgestellt wurde, ist eine Art Bestandsaufnahme zum Umgang mit dem Thema Migration und Integration in unserer Landeskirche. Sie verdeutlicht das Gewicht, das dieser Themenbereich in den letzten Jahren gewonnen hat, auch in unserem Kirchenkreis. Davon zeugen die **Gemeindeberichte** zur diesjährigen Sommersynode, die alle einen Abschnitt zu den vor Ort in den Kirchengemeinden gemachten Erfahrungen enthalten. Die gesellschaftliche Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme hat keine Kirchengemeinde unberührt gelassen. In unterschiedlicher Intensität sahen sich unsere Gemeinden herausgefordert.

In seinem neuen Buch „*Kann Kirche Demokratie?*“ bezieht sich der Journalist *Arnd Henze* auf eine Untersuchung, wonach mehr als 70 % der regelmäßigen Gottesdienstbesucher angeblich der Ansicht seien, man könne nur ein richtiger Deutscher sein, wenn man deutsche Vorfahren hat und hier geboren ist. Wenn das stimmt, müssten unsere Kirchengemeinden in ihrem Kerngemeindebestand eigentlich eine überwiegend konservative und im Hinblick auf das Flüchtlingsthema reservierte Haltung haben. Die letzten vier Jahre haben das aber, zumindest für unseren Kirchenkreis, nicht bestätigt. Ich habe hier eine große Offenheit zur Aufnahme und Hilfeleistung erlebt und bin ausgesprochen dankbar dafür, dass wir unser Christsein nicht heimatbezogen verengt, sondern in globaler Verantwortung verstehen. Besonders hervorzuheben sind die starken, besonders nachhaltig wirkenden Flüchtlingsinitiativen in Ibbenbüren (Café International), Rheine (Landeskirchliche Gemeinschaft) und Schale.

Insbesondere die *Kirchengemeinde Schale* ist in dieser Hinsicht ein Phänomen. Wer hätte es dieser ländlich strukturierten Gemeinde zugetraut, eine solche Offenheit für die Situation von Geflüchteten aus aller Herren Länder zu entwickeln? Das Presbyterium hat sich zur Hilfeleistung entschlossen und zum wiederholten Male in begründeten Einzelfällen Kirchenasyl gewährt. In einem zivilgesellschaftlich-kommunalem Schulterschluss wird gelebt, was uns heute als Folge der Globalisierung vor Augen gestellt wird: Es kann nicht angehen, dass wir lediglich die Früchte globalisierten Wirtschaftens ernten möchten, uns für die Folgen weltweiter Krisen aber nicht verantwortlich fühlen. Die Menschen, die zu uns kommen, haben ihre Heimat nicht freiwillig verlassen. Sie sind vor menschenunwürdigen Zuständen geflohen. Wo man sich auf ihr Schicksal einlässt, wo sie zu Mitmenschen werden, kann man sich der Hilfe nicht versagen. Das zeigen die Beispiele aus unserem Kirchenkreis. Umso schmerzlicher ist dann aber die Erfahrung, dass sich die Rechtsprechung diesen menschlichen Schicksalen gegenüber zunehmend unempfindlich zeigt.

Der Gemeindebericht aus Schale spricht von einer deutlich wahrnehmbaren **Radikalisierung staatlicher Flüchtlingspolitik**. Humanitäre Gesichtspunkte spielen bei der Beurteilung von Bleiberecht immer weniger eine Rolle. Wo vor zwei Jahren noch im Sinne einer Schutzbedürftigkeit entschieden wurde, erfolgt jetzt immer häufiger ein Abschiebebescheid. Wir sind jetzt wieder genau dort, wo wir in der Asylgesetzgebung vor 2015 waren: Die Dublin-Verordnung ist wieder in Geltung gesetzt. Das bedeutet, dass ein Asylverfahren in

dem Land durchzuführen ist, wo ein Geflüchteter erstmals europäischen Boden betreten hat. Deutschland hält sich damit zunehmend schadlos. Die Flüchtlingszahlen in unserem Land werden dadurch drastisch gesenkt, auf Kosten der Länder an den EU-Außengrenzen. Das weltweite Flüchtlingsproblem ist damit allerdings in keinster Weise gelöst, es wird uns nur vom Leibe gehalten.

Wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, der UNHCR, soeben veröffentlicht hat, sind weltweit über 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur 9 % davon kommen nach Europa. Einer Kirche, die ihre Glaubensgrundlage nicht als eine Frage der nationalen Identität, sondern im Lichte weltweiter Verantwortung betrachtet, wird es nicht egal sein können, wenn sich vor den Grenzen des reichen Europa humanitäre Katastrophen ereignen. Auch wenn die Sorge um die Stabilität unserer Demokratie angesichts der Wahlerfolge der Rechtspopulisten sicher nicht unberechtigt ist, dürfen wir uns als Christen keine Scheuklappen aufsetzen.

Eine „Kirche für andere“ muss bereit sein, über den engen Horizont der eigenen Ansprüche hinauszusehen und sich mit den Folgen der eigenen Lebensweise für Mit- und Umwelt auseinanderzusetzen. Das gilt ebenso für das bedrängende *Thema des Klimaschutzes*, das insbesondere die junge Generation in der „*Fridays for future*“-Bewegung stark berührt. Nicht nur in Bezug auf die Flüchtlingshilfe konnten wir in den letzten Jahren die Erfahrung machen, dass sich *ehrenamtliches Engagement* gewinnen lässt, wo sich eine sinnvolle Aufgabe für den Dienst am Menschen zeigt. Der *Gemeindebericht aus Recke* erzählt von der *Einrichtung des neuen Sozialpunktes in Hopsten*. Dreizehn Menschen haben sich dort auf Antrieb bereitgefunden, nach ausführlicher halbjährlicher Schulung die Arbeit aufzubauen. Der Bericht stellt die grundsätzliche Frage, ob in dieser gemeinwesenorientierten sozial-diakonischen Arbeit nicht vielleicht die Zukunft der ehrenamtlichen Mitarbeit von Erwachsenen liegt. Die klassische innergemeindliche Ehrenamtlichkeit nimmt spürbar ab, aber es wächst das Interesse an sozial-diakonischen Beteiligungsformen.

Vielleicht lässt sich auch andernorts ein Brückenschlag zwischen professioneller Diakonie und kirchengemeindlichem Engagement herstellen. Eine stärkere Zusammenarbeit von Diakoniestation und gemeindlichem Besuchsdienst wäre dafür beispielsweise ein interessanter Ansatzpunkt.

Wenn wir die bereits erwähnte Erkenntnis des ehemaligen Leiters des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, *Prof. Dr. Gerhard Wegner*, ernst nehmen, wonach es der Kirchengemeinde noch am ehesten gelingt, Ehrenamtlichkeit hervorzurufen und dies umso erfolgreicher ist, je stärker sie sich sozialräumlich engagiert, dann braucht uns vor der Zukunft eigentlich nicht bange zu sein. Aufgaben gibt es genug, und Menschen, die gerne Sinnvolles tun möchten, werden sich finden lassen.

Auch im Prognosehorizont des Jahres 2060 werden wir in Westfalen immer noch 1 Mio. Menschen stark sein. Im Vergleich zu anderen Institutionen ist das noch eine ganze Menge. Und wer weiß, ob diese 1 Millionen Menschen, der verbliebene Rest von heute sozusagen, sein Christsein nicht noch eine Spur wichtiger nehmen wird, als das in der Volkskirche von heute der Fall ist.

Ich zitiere dazu gerne aus dem *Gemeindebericht Wersen-Büren*, der in Bezug auf die Ergebnisse der „Freiburger Studie“ auf den Kommentar von *Matthias Drobinski* aus der *Süddeutschen Zeitung* verwiesen hat. Darin heißt es: „*Auch das bedeutet nicht den Untergang des Abendlandes. Es bedeutet zum Glück das weitgehende Ende eines Konventionschristentums, dessen Kirchenmitgliedschaft auf der Angst vor den Nachteilen durch den Austritt beruht. Es bedeutet, dass die Christen auf die Kraft ihrer Argumente und ihres gelebten Beispiels werden bauen müssen, nicht mehr auf die Macht der Institution. Sie können aber die Kraft der Minderheit entdecken, die über die Mitgliederzahl hinausstrahlt, die kulturelles Gedächtnis wie soziales Gewissen ist und die von einem Jesus erzählt, dessen Botschaft vielleicht nie eine Sache der Mehrheit war.*“

Was für ein Vertrauen, wenn wir auf die Macht des Wortes und auf die Wirksamkeit der beispielhaften Zeichen eines gelebten Glaubens setzen statt auf eine gesellschaftlich zugeschriebene Bedeutung.

In diesem Vertrauen müsste eigentlich alle Sorge um die Zukunft der Kirche, auch unsere eigene Sorge, wie wir mit all den Herausforderungen des notwendigen Umbaus umgehen können, aufgehoben sein.

Die rückwärtsgewandte, bewahrende Perspektive des „Früher war alles besser“ war nie eine biblisch begründete. Das Volk Israel wurde bei seinem langen beschwerlichen Weg durch die Wüste schwer von Gott gescholten, wenn es wieder einmal an vermeintlich bessere Tage an den „Fleischtöpfen Ägyptens“ zurückdachte und das Vertrauen in die Zukunft verlor.

Wie phantasiert der *Gemeindebericht Wersen-Büren* so schön in die Zukunft: Mag sein, dass diese Kirchengemeinde in 40 Jahren nur noch halb so viele Mitglieder haben wird. Aber wenn von den dann 700 Gemeindegliedern womöglich 20 % ihr Christsein so wichtig nehmen, dass sie sonntags den Gottesdienst besuchen möchten, dann wird die Friedenskirche in Büren mit ihren heute 100 Plätzen zu klein sein.

Halten wir das für völlig unmöglich? Das sollten wir nicht tun. Die Wirksamkeit der Kirche und die Lebendigkeit ihrer Gemeinden hängen nicht von Zahlen ab.

Für das Leben dieser Kirche können wir beten und uns von Gott in Dienst nehmen lassen. Dieses Vertrauen sollten wir uns leisten.

Zum Schluss ein Wort in eigener Sache: Am 10. November 2019 endet meine achtjährige Amtszeit als Superintendent dieses Kirchenkreises. Ich habe mich in diesem Amt trotz all der zu bewältigenden Aufgaben und Probleme wohl gefühlt. Ich habe Vertrauen und Unterstützung gespürt, dafür bin ich sehr dankbar.

In diesem Kirchenkreis herrscht eine gesunde Atmosphäre von Unaufgeregtheit und Stabilität. Und es gibt eine Vielzahl von Kompetenzen in den verschiedenen Bereichen von Kirche und Diakonie, die zu nutzen und mit denen zusammenzuarbeiten viel Freude macht.

Das ist der Grund, warum ich mir eine Fortsetzung in diesem Amt gut vorstellen kann.

Sofern die Synode mir für eine weitere Amtszeit das Vertrauen ausspricht, bin ich gerne bereit, den synodalen „gemeinsamen Weg“ in leitender Funktion weiter mitzugehen und zu gestalten – in Fortsetzung bewährter Formen und im Ausprobieren neuer Konzepte, die den Erfordernissen der Zukunft entsprechen.

Das wird so dialogisch, offen und einladend zu gestalten sein, wie ich mir das in einer Kirche der Reformation, die auf Beteiligung setzt und ihrem presbyterial-synodalen Grundgerüst vertraut, vorstelle.